



## Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PIRATEN und den Abgeordneten des SSW

### **Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig- Holstein**

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig- Holstein ist weltoffen und ein traditionsreiches Einwanderungsland. Hier leben Menschen verschiedenster Herkunft mit vielfältigen Potentialen. Genau diese Potentiale sollen sich ebenfalls im öffentlichen Dienst widerspiegeln. Alle Menschen in Schleswig-Holstein sollen die gleichen Chancen bekommen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

1. Im 4. Quartal 2013 im Innen- und Rechtsausschuss darüber zu berichten, wie das im Aktionsplan Integration der Landesregierung herausgehobene Projekt „Sensibilisierung der Beschäftigten für interkulturelle Vielfalt (Diversity Management) „ konzeptionell unterlegt ist.
2. ein Konzept zu entwickeln, um den Anteil von Bewerbungen und Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf Ausbildungs- bzw. Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst signifikant und dauerhaft zu erhöhen. Ziel ist, dass die Ausbildungs- und Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst den Anteil der Bevölkerung

mit Migrationshintergrund abbildet.

3. eine Sensibilisierung und Qualifizierung der Beschäftigten durch Weiterbildungen mit dem Schwerpunkt „interkulturelle Kompetenz“ zu gewährleisten. Gleiches soll für Auszubildende gelten. Insbesondere Beschäftigte im Personalwesen und Führungskräfte sollen in Schulungen interkulturelle Sensibilität entwickeln.
4. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz verstärkt in Stellenausschreibungen der öffentlichen Verwaltung zu nennen und als positive Einstellungskriterien zu werten. Hierfür sind geeignete Verfahren zu entwickeln, die das diskriminierungsfreie Auswahlverfahren dokumentieren. Zusätzlich sollten anonyme Bewerbungsverfahren etabliert werden.
5. dem Landtag zweijährlich eine Evaluation über die bisherigen Maßnahmen und den bevorstehenden Verbesserungsbedarf vorzulegen.

**Begründung:**

Gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung müssen im öffentlichen Dienst sichergestellt werden, um die Potentiale zu heben, die Menschen mit Migrationshintergrund in die Verwaltungen einbringen können. Die öffentliche Verwaltung muss diese Chance nutzen und als Vorbild für Freie Träger und Institutionen fungieren. Die derzeitigen Zahlen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst spiegeln die gesellschaftliche Realität bislang ungenügend wider. Durch gezielte Informationskampagnen und vermehrte Anwerbung sollen Menschen mit Migrationshintergrund ermutigt werden, sich für eine Ausbildung oder Arbeit im öffentlichen Dienst zu entscheiden. Neben diesen gezielten Maßnahmen muss insbesondere eine interkulturelle Sensibilisierung und Qualifizierung der Beschäftigten durch regelmäßige Schulungen erfolgen, um ein Bewusstsein für Vielfalt zu schaffen und Diskriminierung abzustellen bzw. zu vermeiden.

Bereits der Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ der Landesregierung 2011 kann als ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer weltoffenen und toleranten politischen Entwicklung gewertet werden.

Serpil Midyatli  
und Fraktion

Eka von Kalben  
und Fraktion

Angelika Beer  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW